



WIRTSCHAFTSBERICHT TÜRKEI, 2008

Wie kann ein hohes Wachstum gesichert werden?

Ist eine neue Haushaltsregel wirklich notwendig?

Wie kann die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik wiederhergestellt werden?

Benötigen die Unternehmen im formellen Sektor ein flexibleres Regulierungsumfeld?

Sind Reformen des Arbeitsmarkts oberste Priorität?

Warum ist Finanztransparenz unerlässlich?

Weitere Informationen

Literaturhinweise

Wie können Sie uns erreichen?

Zusammenfassung

Die in Anschluss an die Krise von 2001 eingeleiteten weitreichenden institutionellen und strukturellen Reformen schufen die Grundlage für eine beispiellose Phase hohen Wachstums, die bis 2007 anhielt. In jüngster Zeit traten jedoch Spannungen auf, und infolge einer in weiten Teilen der Wirtschaft abnehmenden Wettbewerbsfähigkeit, einer Verschlechterung der internationalen Rahmenbedingungen und einer Eintrübung des Vertrauens im Inland verlangsamte sich das Wachstum. Neue staatliche Initiativen zur Stärkung des makroökonomischen Politikrahmens und zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und der Kapazität der Industrie zur Schaffung von Arbeitsplätzen könnten der Wirtschaft dabei helfen, wieder auf einen starken Wachstumskurs zu gelangen. Die wichtigsten Herausforderungen, die es diesbezüglich zu bewältigen gilt, lauten:

- Sicherung der Erfolge der Haushaltskonsolidierung und Gewährleistung einer Fiskalpolitik, die mit einem hohen Wachstum besser zu vereinbaren ist;
- Wiederaufnahme des Inflationsabbaus und bessere Abstimmung von Struktur- und Fiskalpolitik auf die Rahmenvorgaben der Inflationssteuerung;
- Verringerung der Hindernisse für die formelle Beschäftigung, um das Produktivitätspotenzial zu mobilisieren und die Widerstandsfähigkeit der türkischen Wirtschaft zu stärken.



Konsolidierung der makroökonomischen Politik

Im Bereich der **Fiskalpolitik** gilt es die Erfolge zu wahren, die mit den jüngsten Reformen der fiskalischen Institutionen und der energischen Haushaltskonsolidierung erzielt wurden, und die Glaubwürdigkeit in der Übergangszeit nach der Entlassung aus der Überwachung durch den IWF zu stärken. *Dies kann mittels Durchsetzung mehrjähriger Ausgabenobergrenzen in Kombination mit einer Zielvorgabe für den Überschuss im Primärhaushalt zur weiteren Verringerung der öffentlichen Schuldenquote erreicht werden.*

Im Bereich der **Geldpolitik** muss die Strategie der Zentralbank für den Inflationsabbau durch umfassendere Maßnahmen zur Verbesserung der Inflationserwartungen unterstützt werden, *wie die komplette Umsetzung eines soliden Haushaltsrahmens; Wettbewerbsreformen zur Dämpfung des Preisauftriebs im Dienstleistungssektor; Ermutigung der Sozialpartner, das Inflationsziel als Anker für die Preis- und Lohnfindung zu übernehmen.*

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Kapazität des Unternehmenssektors zur Schaffung von Arbeitsplätzen

Der Unternehmenssektor muss zunehmenden Wettbewerb aus Niedrigkostenländern sowie einer tendenziellen realen Währungsaufwertung bewältigen, indem das Produktivitätswachstum beschleunigt wird, das Lohnwachstum mit der Ertragslage vereinbar gehalten wird und die Produktpalette differenziert und mit Innovationen erweitert wird. *Dies sollte nicht nur in den fortschrittlichsten Wirtschaftssektoren geschehen, sondern auch in traditionellen, arbeitsintensiven Tätigkeitsbereichen.*

Zur Mobilisierung des latenten Produktivitäts- und Wettbewerbspotenzials sollte der Übergang in formelle bzw. gesetzeskonforme Wirtschaftstätigkeit erleichtert werden, um so Unternehmen Auftrieb zu geben, die stärkeren Gebrauch von modernen Technologien, qualifizierten Arbeitskräften, Kapital und ausländischen Direktinvestitionen machen.

Zwei der obersten Prioritäten zur Förderung des Wachstums im produktiveren Teil der Volkswirtschaft sind: *a) Reform der Arbeitsmarktregulierung zur Beseitigung der Kluft zwischen gesetzeskonformen, jedoch rigiden, und sehr flexiblen, jedoch gesetzwidrigen Beschäftigungspraktiken sowie b) Verbesserung der Märkte für Unternehmensfinanzierungen, um Unternehmen, die in den formellen Sektor überwechseln, die Möglichkeit zu geben, ihre Kapitalbasis, Produktionskapazität und Produktivität rasch auszubauen.*

Durch die Vertiefung der in diesen Bereichen in jüngster Zeit eingeleiteten Reforminitiativen kann die Türkei die Beschäftigungsaussichten der wachsenden städtischen Bevölkerung im Erwerbsalter erhöhen, das Vertrauen in ihre Wachstumsaussichten wieder voll herstellen, ihre Länderrisikoprämie und ihr Kredit-Rating verbessern und so den wirtschaftlichen Aufholprozess beschleunigen.

Dieser Policy Brief enthält die Evaluierung und Empfehlungen des OECD-Wirtschaftsberichts für die Türkei, 2008. Der Prüfungsausschuss für Wirtschafts- und Entwicklungsfragen, der sich aus Vertretern der 30 Mitgliedsländer und der Europäischen Kommission zusammensetzt, hat diesen Bericht geprüft. Ausgangspunkt der Beurteilung war ein von der Hauptabteilung Wirtschaft der OECD vorgelegter Entwurf, der nach den Diskussionen des Ausschusses überarbeitet und unter dessen Verantwortung herausgegeben wurde.



Wie kann ein hohes Wachstum gesichert werden?

In den vergangenen zwei Jahrzehnten gelang der Türkei die Umstellung auf eine Wachstumsstrategie, die sich auf offene und wettbewerbsorientierte Märkte stützt. Wiederholte makroökonomische Instabilitäten bremsten jedoch das Trendwachstum. Die Erholung von der Krise des Jahres 2001 mündete in eine beispiellose Phase hohen Wachstums und brachte die ersten greifbaren Zeichen eines nachhaltigen Aufhol- und Konvergenzprozesses. Derzeit befindet sich die Türkei in der schwierigen Übergangsphase von der erfolgreichen Krisenbewältigung hin zu einem tragfähigen Pfad hohen Wachstums.

Die Sicherung dieses Übergangs ist alles andere als einfach, wie sich an der Nervosität der Finanzmärkte, der erhöhten Wechselkursvolatilität, den wachsenden wirtschaftlichen Spannungen sowie der enttäuschenden Wirtschaftsleistung seit Mitte 2007 zeigt. Um auf einen neuen, tragfähigen Pfad hohen Wachstums einzuschwenken, bedarf es Aktionen seitens der Politik, doch wird der Entscheidungsprozess durch interne und externe politische Spannungen erschwert. Aufmerksamkeit verlangt auch die Identifizierung des richtigen Wegs aus der Überwachung durch den IWF, die bislang transparenzfördernd wirkte und für Glaubwürdigkeit sorgte. Wenn die Türkei die genannten Herausforderungen mit entschlossenen Reformen angeht, wird sie ihre komparativen Vorteile weitgehend ausschöpfen, aus Globalisierung und offenen Kapitalmärkten Nutzen ziehen und ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber negativ wirkenden internationalen Schocks stärken können.

Nach der Krise von 2001, der schwerwiegendsten in einer ganzen Reihe von Boom- und Bust-Phasen, wurde ein grundlegendes fiskalisches, monetäres und institutionelles Reformpaket umgesetzt. Gestärkt durch ein günstiges internationales Umfeld sowie die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der EU wurde mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von fast 7% im Zeitraum 2002-2007 ein willkommener Anfang im Aufholprozess gegenüber dem OECD-Durchschnitt gemacht. In der Industrie und im Dienstleistungssektor wurden zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen, während in der Landwirtschaft Arbeitskräfte abwanderten und die Inflation zurückging. Über mehrere Jahre hinweg wurde ein Überschuss im Primärhaushalt von rd. 6% des BIP erwirtschaftet; die öffentliche Verschuldung wurde gesenkt und auf einen tragfähigen Pfad gesetzt.

Im gleichen Zeitraum beschleunigten sich die Kapitalzuflüsse unter dem Einfluss sehr hoher realer Zinssätze und lukrativer Renditeaussichten und ließen den Wechselkurs realstark steigen (außer während kurzer Phasen negativer internationaler oder binnenwirtschaftlicher Schocks). Die tendenzielle Aufwertung unterstützte den Inflationsabbau, vergrößerte aber zugleich den Wettbewerbsdruck, dem die traditionellen Exportbranchen der Türkei von Seiten aufstrebender Volkswirtschaften mit günstigerer Kostenstruktur ausgesetzt sind. Die fortgeschrittenen Branchen konnten sich gut behaupten und schufen neue Beschäftigungsmöglichkeiten; die traditionellen Wirtschaftszweige, die sich auf das reichliche Reservoir geringqualifizierter Arbeitskräfte stützen, verloren jedoch in der Regel Marktanteile und sahen sich mit einer drastisch zunehmenden Importquote konfrontiert. In diesen Branchen nahm die Beschäftigung ab, und da die Wiedereinstellung der freigesetzten Arbeitskräfte durch qualifikationsbezogene und regionale Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage behindert wurde, blieb die gesamtwirtschaftliche Arbeitsplatzschaffung klar hinter dem Wachstum der Bevölkerung im Erwerbsalter zurück. Die Gesamtbeschäftigungsquote nahm somit ab, und die Gesamtarbeitslosenquote stieg leicht an.

Die durch Kapitalzuflüsse angekurbelte starke Inlandsnachfrage, die zunehmende Importquote und der weltweite Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise führten zu einem Leistungsbilanzungleichgewicht. Das gestiegene Leistungsbilanzdefizit erhöhte die Anfälligkeit der



Türkei gegenüber Stimmungsumschwüngen bei den Investoren. Dennoch legen die für diesen Wirtschaftsbericht durchgeführten Analysen den Schluss nahe, dass sich die Risikobeurteilung der Türkei durch die Finanzmärkte gemessen an den wirtschaftlichen Fundamentaldaten stärker hätte verbessern können, als sie es in den Jahren seit 2000 effektiv getan hat. Auch die gründliche Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Türkei im März 2008, die zur Folge hatte, dass das BIP um mehr als 30% höher angesetzt wurde und sich die Schuldenquote ebenso wie das Leistungsbilanzdefizit im Verhältnis zum BIP auf ein vergleichsweise günstigeres Niveau verringerten, verbesserte die Aussichten auf eine Heraufstufung des Ratings. Dazu kam es jedoch nicht, da sich das internationale Finanzumfeld und die innenpolitischen Bedingungen im ersten Halbjahr 2008 verschlechterten. Diese Ereignisse verstärken die Notwendigkeit einer Fortsetzung der Strukturreformen mit dem Ziel, die Abhängigkeit der Türkei von günstigen internationalen Rahmenbedingungen zu reduzieren.

Anfang 2008 traten starke innenpolitische Spannungen auf, während sich zugleich die Bedingungen an den internationalen Finanzmärkten verschlechterten. Der Wechselkurs sank in den ersten vier Monaten 2008 um rd. 14%. Dadurch konnte zwar ein Teil der zuvor entstandenen Einbußen der Wettbewerbsfähigkeit wieder ausgeglichen werden; zugleich zogen die Zinssätze aber stark an, während sich der Anstieg der Inflation ebenso wie der Inflationserwartungen über die Zielvorgaben hinaus fortsetzte und sich das Wachstum der türkischen Exportmärkte verlangsamte. In diesem Umfeld kam es zu einer Eintrübung des Konsum- und Geschäftsklimas, und die makroökonomischen Projektionen für 2008-2009 bewegen sich gegenwärtig auf dem niedrigsten Niveau seit Ende 2001. *Um einen Aufschwung in Gang zu setzen, sollte das Vertrauen in die Stabilität des gesamten Politikumfelds wiederhergestellt und der Unternehmenssektor durch unterstützende strukturpolitische Rahmenbedingungen gefestigt werden.* Durch die Rückkehr auf einen kräftigeren Wachstumspfad bei gleichzeitiger Wiederbelebung des Beschäftigungswachstums würden das Vertrauen im In- und Ausland gestärkt, die Rahmenbedingungen für einen Rückgang der Risikoprämien sowie eine Heraufstufung des Kredit-Ratings verbessert und die Investitionen sowie das Wachstum gefördert werden. Gegeben Verbesserungen in diese Richtung, sähe sich die Türkei wahrscheinlich erneut der Herausforderung einer starken realen Währungsaufwertung gegenüber, was wiederum die Notwendigkeit einer Beschleunigung der Strukturreformen erhöhen würde, die zu ihrer Bewältigung erforderlich sind.

Ist eine neue Haushaltsregel wirklich notwendig?

Nach sechs Jahren sehr straffer Fiskalpolitik, die durch das Abkommen mit dem IWF unterstützt wurde, welches den zentralen Anker bildete und für die Wiederherstellung der makroökonomischen Stabilität entscheidend war, steht die Türkei nun vor der fiskalpolitischen Herausforderung, das richtige Gleichgewicht zwischen den konfligierenden Zeithorizonten wichtiger Ziele zu finden:

- Beibehaltung eines rigorosen fiskalpolitischen Kurses;
- Stärkung der wachstumsfördernden öffentlichen Dienstleistungen;
- gleichzeitig Verringerung der am stärksten verzerrend wirkenden Aspekte des Steuersystems.

Nach Auslaufen der Vereinbarung mit dem IWF im Mai 2008 sollte die Türkei nun einen glaubwürdigen Rahmen zur Sicherung des unter IWF-Überwachung gewonnenen Vertrauens schaffen und zugleich die notwendigen Umstellungen in der Einnahme- und Ausgabenstruktur vornehmen. Die Entscheidung der Regierung, ab 2009 eine komplette gesamtstaatliche Rechnungslegung gemäß

internationalen Rechnungslegungsstandards vorzulegen, ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Haushaltstransparenz und sollte fristgerecht umgesetzt werden. Nach dem makroökonomischen Abschwung, der die öffentlichen Finanzen unter Druck setzt, muss der Übergang zu einem neuen Haushaltsplan überdies durch einen robusten Rahmen für die Verwaltung der öffentlichen Finanzen unterstützt werden, um die Zweifel der in- und ausländischen Investoren zu zerstreuen. Der vor kurzem angekündigte mittelfristige Haushaltsrahmen liefert gute Anhaltspunkte für den in den Jahren 2008-2012 zur Verfügung stehenden fiskalischen Spielraum, benötigt aber ein breites Maßnahmenpektrum.

Die Türkei befindet sich in einer starken Position, solch eine neue Haushaltsstrategie zu verwirklichen. Dank des haushaltspolitischen Sparkurses der jüngsten Vergangenheit bewegt sich die Staatsverschuldung auf einem tragfähigen Pfad; zudem werden die fiskalischen Institutionen durch Veränderungen des gesetzlichen und institutionellen Rahmens modernisiert, wie die Einführung eines den neuesten Standards entsprechenden *Gesetzes über öffentliche Finanzverwaltung und -kontrolle*. Auf Grund des starken Ausgabendrucks, der insbesondere vom Sozialversicherungssystem ausgeht, konnten bislang nicht alle Bestimmungen des neuen Gesetzes in vollem Umfang umgesetzt werden. Die Ausgabenüberschreitungen im Jahr 2007 waren ein Warnsignal, das die Notwendigkeit der vollen Umsetzung des neuen Gesetzesrahmens deutlich macht. Zur Ergänzung des bereits zuvor festgelegten Überschussziels im Primärhaushalt, durch dessen maßgeblichen Einfluss die öffentliche Verschuldung seit 2000 gesenkt und die öffentlichen Finanzen auf einen tragfähigen Pfad gelenkt werden konnten, das aber als einziger Anker für die Fiskalpolitik in der kommenden Zeit weniger nützlich sein wird, wäre es darüber hinaus hilfreich, mehrjährige Obergrenzen für die wichtigsten Ausgabenkategorien einzuführen. *Der Bericht empfiehlt, den neuen fiskalischen Regelrahmen der Türkei vollständig um- und durchzusetzen und durch effektive mehrjährige Ausgabenobergrenzen zu ergänzen.*

In den neuen Regeln für den Haushaltsrahmen sollte nicht nur der Entwicklungspfad des Primärhaushaltsüberschusses festgelegt werden, der mit einem dauerhaft tragfähigen Niveau der öffentlichen Verschuldung vereinbar ist, sondern sollten auch das Gesamtvolumen und die Zusammensetzung der Einnahmen verankert sein, die zur Finanzierung der Ausgabenprogramme unter Beachtung der Obergrenzen notwendig sind. Nachdem sich die Fiskalpolitik nunmehr auf einem nachhaltigen und durch den Fiskalrahmen gesicherten Pfad befindet, kann die Politik genügend antizyklische Flexibilität gewährleisten, um die Wirtschaft bei einem konjunkturell bedingten Rückgang des BIP-Wachstums und der Steuereinnahmen, wie er 2008 zu verzeichnen war, zu stützen. Um im Kontext der jüngsten Haushaltsüberschreitungen und des Übergangs zu einer neuen Vereinbarung mit dem IWF die Glaubwürdigkeit zu sichern, *sollten Ausgabenobergrenzen durch ein hinreichend klar definiertes Ziel für den Überschuss im Primärhaushalt flankiert werden, das im Fall außergewöhnlicher Umstände angepasst werden kann.*

Auf der Ausgaben- ebenso wie der Steuereinnahmeseite setzt die neue Haushaltsstrategie geeignete fiskalische Institutionen sowie einen energischen Politikkurs voraus. Eines starken Engagements seitens der politischen Entscheidungsträger bedarf es insbesondere zur:

- *Klärung und Umsetzung der obersten Ausgabenprioritäten der Türkei, z.B. in den entscheidenden Bereichen Infrastrukturinvestitionen sowie schulische und Erwachsenenbildung;*
- *Umstellung auf kosteneffizientere Vorgehensweisen für die Erbringung wichtiger öffentlicher Dienstleistungen, welche derzeit im Allgemeinen kostspielig und schwer zu kontrollieren ist*



und bei ein stärker marktorientiertes Angebot erforderlich erscheint, u.a. durch Wettbewerb zwischen privaten Anbietern;

- *Verringerung der am verzerrendsten wirkenden Formen der Steuer- und Abgabenbelastung, insbesondere durch weitere Senkung der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung, bei gleichzeitiger Schließung der offensichtlichsten Steuerschlupflöcher und Stärkung der Durchsetzung von Steuerforderungen;*
- *vollständigen Umsetzung der vor kurzem verabschiedeten Reform der Sozialversicherung und Förderung eines in fiskalischer Hinsicht weniger kostspieligen gesetzlichen Systems, das durch mehr freiwilliges privates Sparen ergänzt werden sollte, um seine Tragfähigkeit zu sichern und verzerrend wirkende Abgaben- und Steuerbelastungen zu reduzieren (siehe weiter unten).*

Wie kann die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik wiederhergestellt werden?

Die Geld- und Wechselkurspolitik war als Stützpfeiler der Erholung nach der Krise des Jahres 2001 erfolgreich. Als die Zentralbank jedoch, durch diesen Erfolg ermutigt, ein explizites mittelfristiges Inflationsziel von 4% für den Zeitraum 2007-2010 festsetzte, sah sie sich bedeutenden Herausforderungen gegenüber: Einerseits führte die Trägheit der Inflation in Kombination mit negativen Angebotsschocks dazu, dass die Gesamtinflation auf rd. 9% anstieg. Andererseits wirkten die in Aussicht stehenden hohen Realzinsen und Renditen sehr attraktiv, was die Kapitalzuflüsse und die Währungsaufwertung beschleunigte. Damit sieht sich die türkische Wirtschaft mit einer Herausforderung konfrontiert, die für erfolgreich aufholende Volkswirtschaften typisch ist: In Anbetracht der Trägheit der Inflation ist eine restriktive Geldpolitik erforderlich; auf Grund von Marktanteilsverlusten, die die Anpassungskapazitäten einiger Sektoren offenbar übersteigen, entsteht jedoch Druck zur Senkung der Zinssätze und Drosselung des Tempos der Währungsaufwertung. Diese Herausforderung trat Ende 2007 und im ersten Halbjahr 2008 deutlicher hervor, als die sehr starken Nahrungsmittel- und Energiepreiserhöhungen die Gesamtinflation steigen ließen und ein Aufwärtsrisiko für die Inflationserwartungen schufen. Die *Kerninflation* verharrte eine Zeit lang unter der *Gesamtinflation*, begann sich ihr im Frühjahr 2008 jedoch anzunähern, so dass Besorgnis über eine mögliche neue Inflationsspirale aufkam. In diesem Kontext bedarf die Geldpolitik der konzertierten Unterstützung durch eine Vielzahl von Maßnahmen, um den Prozess des Inflationsabbaus wieder in Gang zu setzen; nur dann wird die Zentralbank in der Lage sein, mit ihren Instrumenten die Inflation in der Nähe ihres Zielwerts zu verankern. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass die von der Zentralbank im Juni 2008 angekündigte Revision des Inflationsziels für die kommenden drei Jahre als eine Ausnahmemassnahme gesehen wird, die in Folge unvorhersehbarer Schocks ergriffen werden musste. In einem solchen Umfeld tut die Zentralbank gut daran, trotz der Konjunkturschwäche weiter einen straffen Kurs zu verfolgen, um den falschen Eindruck zu vermeiden, sie setze sich nicht mehr mit dem gleichen Nachdruck für die Überwindung des „letzten Wegstücks“ bis zur Erzielung niedriger Inflationsraten ein.

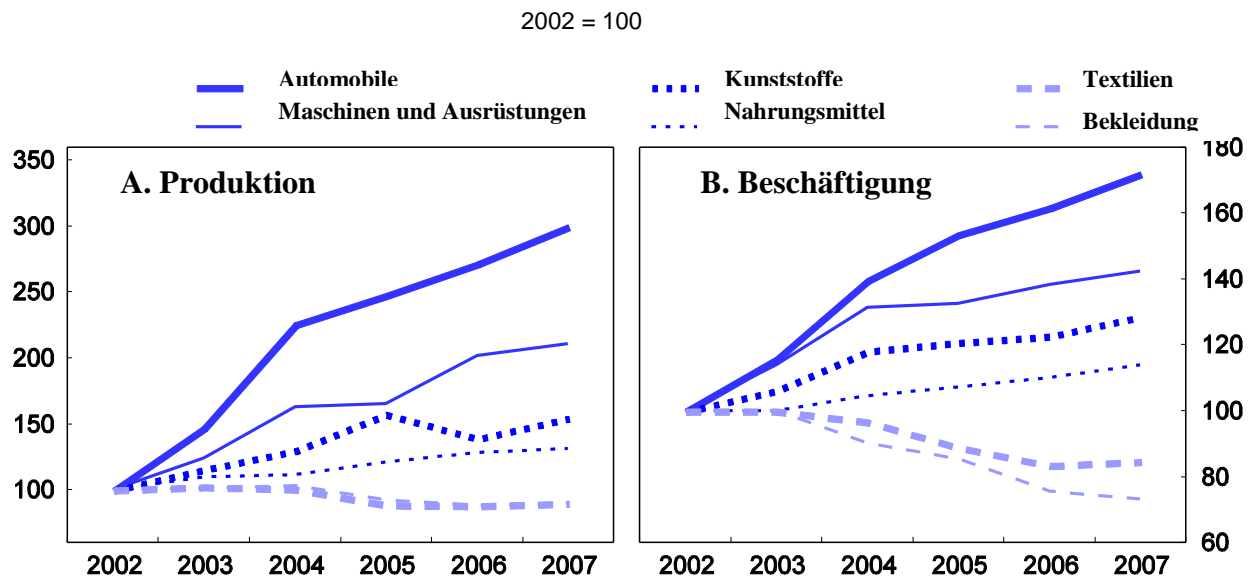
Der Bericht vertritt die Ansicht, dass die Geldpolitik durch Maßnahmen flankiert werden muss, die eine Erreichung des Inflationsziels zu vertretbaren Kosten ermöglichen. Wie in erfolgreich aufholenden Volkswirtschaften die Regel, ist das Produktionspotenzial ein „bewegliches Ziel“ und können Kapazitätsengpässe entweder durch Importe oder durch neue Investitionen geschlossen werden. Eine straffe Geldpolitik kann einen Bremseffekt auf die Wirtschaft ausüben; werden die Inflationserwartungen jedoch nicht in Zaum gehalten, kann die Geldpolitik ihre Aufgabe nur zu prohibitiven Kosten erfüllen. In diesem Kontext könnten *zusätzliche Politikinstrumente eingesetzt werden, um den inländischen Inflationsdruck zu reduzieren und so die Inflationserwartungen zu*

verbessern, wie etwa Wettbewerbsreformen zur Erzielung von Preismäßigung im Dienstleistungssektor, ein vollständig umgesetzter mehrjähriger Haushaltsrahmen sowie die Einigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf das Inflationsziel als Anker für die Preis- und Lohnfindung. Ein Erfolg solcher Maßnahmen kann den Druck verringern, der auf dem Leitzins der Zentralbank als einzigem Instrument zur Erhöhung der Glaubwürdigkeit des Inflationsziels lastet.

Benötigen die Unternehmen im formellen Sektor ein flexibleres Regulierungsumfeld?

Die erfolgreiche Performance und Arbeitsplatzschaffungskapazität des Unternehmenssektors nach der Krise sind unter Druck geraten, und zwar unabhängig von binnenwirtschaftlichen und internationalen Schocks. Der zunehmende Wettbewerb von Niedrigkostenländern und die starke tendenzielle Aufwertung des realen Wechselkurses haben dem Exportsektor schwer zugesetzt, vor allem in kostenempfindlichen Bereichen, die in hohem Maße von inländischen Inputs und geringqualifizierten Arbeitskräften abhängig sind. Da es sich bei dieser Arbeitskräftekatgorie um die am reichlichsten vorhandene Ressource des Landes handelt und auf die fraglichen Branchen ein großer Teil der gesamtwirtschaftlichen Produktion und Beschäftigung wie auch der Exporte entfällt, färben diese Probleme auf die gesamte Wirtschaft ab. Die nicht dem Wettbewerb durch Importe ausgesetzten Wirtschaftszweige erhielten zunächst Auftrieb durch die Einkommenszuwächse, die die reale Währungsaufwertung den privaten Haushalten bescherte. Die über Erwarnten hohe Inflation und die steigende Arbeitslosigkeit drückten jedoch die Realeinkommen in der gesamten Wirtschaft und wirkten sich auch auf den Sektor der nichthandelbaren Güter aus, was zu einer Abschwächung der Wachstumsleistung beitrug. Ein Aufschwung ist nur möglich, wenn sich die Wettbewerbsfähigkeit der arbeitsintensiven Bereiche der türkischen Wirtschaft verbessert.

Abbildung 1. Ergebnisse leistungsstarker, strukturschwacher und intermediärer Sektoren, 2002-2007



Quelle: TURKSTAT und OECD-Berechnungen.

Die erforderliche Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit, um die Wachstumsdynamik neu auszutarieren, kann nicht durch eine politikinduzierte Wende im Aufwertungsstrend des realen Wechselkurses erzielt werden, der ein fester Bestandteil des Aufholprozesses ist. Externe und interne Schocks lösen Währungsabwertungen aus; diese erweisen sich jedoch in der Regel als kurzlebig,



während die langfristige Dynamik der Kapitalzuflüsse sehr stark bleibt. Unter diesen Umständen kann die notwendige Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmenssektors nur durch einen Anstieg des Produktivitätswachstums, eine Dämpfung des Lohnauftriebs und eine erfolgreiche Differenzierung der Produktion (die es ermöglicht, höhere Preise durchzusetzen als die kostengünstigere Konkurrenz) erreicht werden. Anders gesagt, bedarf es eines flexiblen Arbeitsmarkts und eines wettbewerbsfreundlichen Produktmarktumfelds. Der Bericht bestätigt, dass das Verarbeitende Gewerbe in diesen Bereichen beachtliche Leistungen erzielt hat; die Erfolge konzentrieren sich jedoch auf den modernen Teil der Wirtschaft. *Die Produktivitätszuwächse und Wettbewerbsgewinne müssen durch zusätzliche Reformen auf die gesamte Wirtschaft ausgedehnt werden.*

Im Unternehmenssektor bestehen große latente Produktivitätsreserven, die sich daraus ergeben, dass ein großer Teil der Wirtschaftsaktivität noch immer in informellen oder semiformalen Betrieben stattfindet. Könnten mehr Ressourcen auf formelle Unternehmensaktivitäten verlagert werden, würde die gesamtwirtschaftliche Produktivitäts- und Wettbewerbsleistung durch einen besseren Zugang zu Finanzdienstleistungen, Möglichkeiten zur Vertiefung der Arbeitsteilung und zum Ausbau der eigenen komparativen Vorteile sowie stärkere Anreize für Investitionen in unternehmensspezifisches Humankapital gefördert. Formelle Unternehmen können Technologien, qualifizierte Arbeitskräfte, Kapital sowie ausländischen Direktinvestitionen, die in der sich rasch globalisierenden Wirtschaft zunehmend zur Verfügung stehen, wirkungsvoller nutzen. *Die Überwindung der Zweiteilung zwischen formellem und informellem Sektor und die Beschleunigung der Umschichtung der Ressourcen hin zum formellen Sektor sollten im Mittelpunkt der Strukturreformen der Türkei stehen.*

Die Regierung hat eine Reihe wichtiger Initiativen zur Stärkung des Unternehmenssektors eingeleitet, und die Türkei beginnt inzwischen in mehreren internationalen Rankings des unternehmerischen Umfelds aufzurücken. Mit einem im Mai 2008 verabschiedeten Beschäftigungspaket wurden insbesondere wichtige Maßnahmen zur Verringerung der Steuerbelastung des Faktors Arbeit und zur Förderung von nationalen Arbeitsvermittlungsdiensten mit Schwerpunkt auf der Erhöhung des Qualifikationsniveaus der Erwerbsbevölkerung eingeführt. In einigen der wichtigsten Bereiche wurden jedoch nur begrenzte Fortschritte erzielt, was auch die Wirksamkeit anderer Reformen beeinträchtigt. Die obersten Prioritäten bei der Förderung der Entwicklung des formellen Sektors lauten:

- gründliche Reform der Arbeitsmarktregulierung gemäß Beispielen bester OECD-Praktiken;
- Beschleunigung der Modernisierung der Kapitalmärkte zur Erhöhung der Vorteile der formellen Wirtschaftstätigkeit und Ankurbelung der Investitionstätigkeit, der Produktivität und des Beschäftigungswachstums.

Auch die Erhöhung des Wettbewerbs an den Produktmärkten und die Verringerung der administrativen Hindernisse für unternehmerische Tätigkeit im formellen Sektor sollten als Ziele weiterverfolgt werden, vor allem in den Dienstleistungsbranchen, in denen weniger Wettbewerb herrscht als in mit der Importwirtschaft konkurrierenden Sektoren.

Sind Reformen des Arbeitsmarkts oberste Priorität?

Auch nach Umsetzung des Beschäftigungspakets von 2008 bleibt die Arbeitsmarktregulierung der Türkei eine der rigidesten des gesamten OECD-Raums. Priorität sollten Reformen mit folgenden Zielen haben:



- *Verringerung der Kosten der legalen Beschäftigung von geringqualifizierten Arbeitskräften durch Eindämmung des Wachstums der gesetzlichen Mindestlöhne und Einrichtung eines Rahmens zur regionalen und sektoralen Differenzierung dieser Löhne;*
- *Fortsetzung der Senkung der Pflichtbeitragssätze zur Sozialversicherung und Stärkung der Rolle freiwilliger Sparpläne bei der Finanzierung des Sozialversicherungssystems;*
- *Flexibilisierung unbefristeter Arbeitsverträge durch Verringerung des gesetzlichen Kündigungsschutzes und Förderung frei ausgehandelter Regelungen; Erleichterung von flexibleren Formen der Beschäftigung, wie befristeten Arbeitsverträgen und Leiharbeit;*
- *Beseitigung der an der Unternehmensgröße orientierten Anwendungsschwellen des Arbeitsgesetzes.*

Warum ist Finanztransparenz unerlässlich?

Die Märkte für Unternehmensfinanzierung sind in der Türkei gegenwärtig unterentwickelt. Die Erhöhung der Finanztransparenz ist die entscheidende Voraussetzung für die Entwicklung von Märkten für mittel- bis langfristige Bankkredite, Unternehmensschuldverschreibungen, privates Beteiligungskapital und börsennotierte Kapitalanteile. Alle diese Kapitalquellen spielen eine Rolle für die Steigerung der Produktivität und die Entwicklung von wettbewerbsfähigeren Unternehmen im formellen Sektor. Drei Punkte sind diesbezüglich besonders wichtig und wurden von den zuständigen Behörden in Angriff genommen; allerdings wurden dabei nicht so rasch Fortschritte erzielt wie erwartet:

- Umstellung auf die Basel-II-Regeln im Firmenkundengeschäft der Banken;
- Einführung eines neuen Handelsgesetzes, das alle Unternehmen unabhängig von ihrer Größe verpflichtet, von externen Wirtschaftsprüfern geprüfte Jahresabschlüsse vorzulegen;
- Modernisierung der Besicherungs-Register und des Systems der Kreditsicherheiten.

Die zuständigen Behörden sollten die Hindernisse identifizieren, die Fortschritten in diesen Bereichen im Wege stehen, und die Anstrengungen im Hinblick auf die zur Entwicklung formeller Kapitalmärkte notwendige Erhöhung der Finanztransparenz fortsetzen.

Die Durchsetzung des Regulierungsrahmens für die Unternehmenstätigkeit wurde in jüngster Zeit intensiviert, was sehr zu begrüßen ist. Wenn jedoch parallel dazu nicht auch die Strukturreformen vertieft und so die Kosten der Unternehmenstätigkeit im formellen Sektor verringert werden, kann dies zu Produktions- und Beschäftigungseinbußen führen. *Die Regierung sollte eine umfassende „Strategie für die Formalisierung der Wirtschaft“ ausarbeiten und umsetzen, die fortgesetzte Strukturreformen in prioritären Bereichen mit einer strengeren Durchsetzung der Regeln und Vorschriften verbindet.*

Weitere Informationen

Wegen weiterer Informationen zu diesem *Policy Brief* wenden Sie sich bitte an:
Andreas Wörgötter, e-mail: andreas.woergoetter@oecd.org oder
Rauf Gönenç, e-mail: rauf.gonenc@oecd.org, tel. +33 1 45 24 94.



Die OECD Policy Briefs sind verfügbar auf der OECD-Internetseite:
www.oecd.org/publications/Policybriefs

Literaturhinweise

OECD-Wirtschaftsberichte: Die *Wirtschaftsberichte* prüfen die Wirtschaftslage und -politik der Mitgliedsländer und von Zeit zu Zeit auch ausgewählter Nichtmitgliedsländer. Jedes Jahr werden etwa 18 Berichte veröffentlicht. Sie sind einzeln oder im Abonnement erhältlich. Weitere Informationen finden sich unter der Rubrik „Periodicals“ des OECD-Online-Bookshops unter www.oecd.org/bookshop.

Zusätzliche Informationen: Weitere Auskünfte über die Arbeiten der OECD-Hauptabteilung Wirtschaft, auch zu anderen Publikationen, Datenprodukten und Working Papers, sind auf der Website der Abteilung unter www.oecd.org/eco zu finden.

Wirtschaftsausblick 83, Juni 2008. Weitere Informationen über diese Publikation sind auf der OECD-Website unter www.oecd.org/eco/Economic_Outlook zu finden.

Economic Policy Reforms: Going for Growth, Ausgabe 2008. Weitere Informationen über diese Publikation sind auf der OECD-Website unter www.oecd.org/economics/goingforgrowth2008 zu finden.

Die OECD-Publikationen können über den Online-Bookshop bezogen werden:
www.oecd.org/bookshop

Die OECD-Publikationen und statistischen Datenbanken sind auch über die Online-Bibliothek verfügbar: www.SourceOECD.org

Wie können Sie uns erreichen?

**OECD-
HAUPTSITZ**
2, rue André-Pascal
75775 PARIS
Cedex 16
Tel.: (33) 01 45 24
81 67
Fax: (33) 01 45 24
19 50
E-mail:
sales@oecd.org
Internet:
www.oecd.org

DEUTSCHLAND
OECD Berlin Centre
Schumannstrasse 10
D-10117 BERLIN
Tel.: (49-30) 288 8353
Fax: (49-30) 288
83545
E-mail:
berlin.center@oecd.org
Internet:
www.oecd.org/berlin

JAPAN
OECD Tokyo Centre
Nippon Press Center
Bldg
2-2-1 Uchisaiwaicho,
Chiyoda-ku
TOKYO 100-0011
Tel.: (81-3) 5532 0021
Fax: (81-3) 5532 0035
E-mail:
center@oecdtokyo.org
Internet:
www.oecdtokyo.org

MEXIKO
OECD Mexico Centre
Av. Presidente Mazaryk 526
Colonia: Polanco
C.P. 11560 MEXICO, D.F.
Tel.: (00.52.55) 9138 6233
Fax: (00.52.55) 5280 0480
E-mail:
mexico.contact@oecd.org
Internet:
www.oecd.org/centrodemexico

**VEREINIGTE
STAATEN**
OECD Washington Center
2001 L Street N.W., Suite
650
WASHINGTON DC. 20036-
4922
Tel.: (1-202) 785 6323
Fax: (1-202) 785 0350
E-mail:
washington.contact@oecd.org
Internet: www.oecdwash.org
Toll free: (1-800) 456 6323

Die OECD Policy Briefs werden von der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Direktion Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation herausgegeben. Für ihre Veröffentlichung zeichnet der Generalsekretär der OECD verantwortlich.